

Teltow-Fläming mit LINKS gestalten.

Der Kreisverband Teltow-Fläming der Partei DIE LINKE lud am 15. Dezember 2018 zur Mitgliederversammlung nach Luckenwalde in das Kreishaus. Zentrale Aufgabe war der Beschluss des Kreiswahlprogramms und die Wahl der Listen mit unseren Kandidatinnen und Kandidaten in den Kreistagswahlkreisen zur Kommunalwahl 2019. Traditionsgemäß begrüßte Kreisvorsitzender Felix Thier zu Beginn die Neumitglieder unserer Partei mit der feierlichen Übergabe der Mitgliedsausweise und einem kleinen Präsent.

Verabschiedet und mit großem Dankesapplaus sowie Blumenstrauß ausgezeichnet wurden im Anschluss Dirk Hohlfeld und Hans-Jürgen Akuloff. Beide treten als langjährige Mitglieder des Kreistages nicht mehr zur Wiederwahl an. Dirk Hohlfeld leitete viele Jahre den Haushalts- und Finanzausschuss des Kreistages sehr souverän und erwarb sich partei- und fraktionsübergreifenden Respekt. Jürgen Akuloff wiederum ist seit der Gründung unseres Landkreises vor 25 Jahren ununterbrochen Mitglied des Kreistages und damit der dienstälteste Kreistagsabgeordnete überhaupt. Als Vorsitzender unserer Kreistagsfraktion hat auch er sich großen Respekt unter allen politischen Akteuren unserer Region erworben.

Mit Bezug auf das zur Abstimmung vorliegende Wahlprogramm betonte Felix Thier, dass Politik ehr-

lich sein müsse, es zu sagen gelte, wenn etwas nicht realisierbar sei, nichts Unmögliches versprochen werden dürfe. Dies sei auch Leitsatz für die Erstellung des Programms gewesen. Damit mache man sich vielleicht nicht bei allen Wählerinnen und Wählern beliebt, es sei aber am Ende mit einem viel wichtigeren Gewinn verbunden: Glaubwürdigkeit.

Mit Blick auf die Anfang Dezember 2018 durch den Paritätischen Wohlfahrtsverband veröffentlichten Zahlen sei klar geworden, dass Armut mitnichten ein Problem nur der untersten Einkommensschichten unserer Gesellschaft sei, so Felix Thier. Nein, arm in unserem so reichen Land ist, wer arbeiten gehe und trotzdem von seinem Lohn nicht leben kann. Wer Kinder erziehe, wer Rentnerin oder Rentner ist. Hier herrsche keine Gerechtigkeit, hier müsse der Staat helfen, Ungleichheiten auszugleichen. Hier gilt es, mit Dingen der Daseinsvorsorge für Entlastungen zu sorgen. Und dazu habe sich auch DIE LINKE. Teltow-Fläming in ihrem Wahlprogramm bekannt. Unsere Forderungen wie Plus-Bus-Linien, Erreichbarkeit und Bezahlbarkeit des ÖPNV, kostenlose Schülerbeförderung als endlich wieder, wie schon einmal dagewesene, pflichtige Aufgabe des Landes, für alle bezahlbarer Wohnraum oder die Suche nach alternativen und entlastenden Finanzierungsmodellen

für Anliegerinnen und Anlieger beim Straßenbau wurden von Felix Thier beispielhaft genannt.

Klimaschutz durch regionale Maßnahmen, Aussagen zum Tierwohl, Aspekte zur Nachhaltigkeit und zum Naturschutz finden sich ebenfalls in unserem Wahlprogramm. Seit dem Sommer 2018 haben wir es intensiv erarbeitet, beraten und viel diskutiert. Dies hat sich gelohnt und wurde auch mit dem Abstimmungsergebnis wertgeschätzt: Das Wahlprogramm wurde von den Genossinnen und Genossen auf der Mitgliederversammlung einstimmig angenommen. Titel unseres Programms: Teltow-Fläming mit LINKS gestalten.

Bei den Wahlen unserer Kandidatinnen und Kandidaten für den neuen Kreistag zeigten sich ebenso große Zustimmungswerte. Zu den Spitzenkandidaten im Wahlkreis eins und zwei wurden erneut die langjährigen Kreistagsmitglieder Peter Dunkel und Roland Scharp gewählt. Im Wahlkreis drei streben u. a. Judith Kruppa und Landtagsmitglied Carsten Preuß erstmalig die Mitgliedschaft im Kreistag an. Felix Thier führt die Liste der LINKEN im Wahlkreis 4 an, Maritta Böttcher im Wahlkreis 5. Insgesamt bewerben sich auf den Listen der LINKEN bei der Kommunalwahl am 26. Mai dieses Jahres 59 Personen um ein Kreistagsmandat.

Felix Thier, Luckenwalde



Thierisch gesehen

Liebe Leserin, lieber Leser, liebe Genossin, lieber Genosse,

ist ein Teil des Weges schon geschafft? Ich meine, ja. Welchen Weg meine ich? Den, den DIE LINKE. Teltow-Fläming beschreiten muss, um auch im neuen Landtag nach der Wahl wieder mit einem Abgeordneten vertreten zu sein. Carsten Preuß als unser bisheriges Landtagsmitglied aus TF wurde von den LINKEN auf ihrer LandesvertreterInnenversammlung Ende Januar in Wildau auf den Listenplatz zwölf der Landesliste der LINKEN zur Landtagswahl am 1. September 2019 gesetzt. Das ist schon eine ziemlich gute Platzierung und gleichzeitig eine enorme Anerkennung der von Carsten in nicht einmal einem Jahr Landtagszugehörigkeit geleisteten Arbeit. Auch ich gratuliere an dieser Stelle noch einmal und freue mich nun auf den gemeinsamen Wahlkampf, zunächst für die Europa- und die Kommunalwahlen. Der größere Teil des Weges liegt noch vor uns!

FELIX THIER
Kreisvorsitzender



VON ANKE DOMSCHEIT-BERG

Notruf barrierefrei – Made in Brandenburg



Vergangenes Jahr lernte ich an der Technischen Hochschule Brandenburg die Macher der App *NotrufPlus* kennen. *NotrufPlus* ist eine der ersten Apps, die es Menschen mit und ohne Behinderung ermöglicht, einen barrierefreien Notruf an die nächstgelegene Leitstelle abzusetzen. In Deutschland gibt es bisher nicht einmal einen SMS-Notruf, den Gehörlose statt eines 110-Anrufes nutzen können.

Das Bundeswirtschaftsministerium hat in den vergangenen zwei Jahren mit fast 200.000 Euro die Entwicklung einer anderen Notruf-App finanziert. Weil das Ergebnis völlig



BUNDESTAG UND KOMMUNE

intransparent war, fragte ich mit einer Kleinen Anfrage nach. Die Antwort des Bundeswirtschaftsministeriums offenbart einen Fall von Steuergeldverschwendung, denn es war nie geplant, eine App für den Einsatz im realen Leben zu entwickeln. Dafür sei der Bund auch gar nicht zuständig, sondern Länder und Kommunen. Man wollte nur die Machbarkeit zeigen. Das wurde leider nicht erreicht, denn auf meine Frage, ob die App europäische Standards zur Barrierefreiheit erfüllt, hieß es lapidar, nein, das hätte die Entwicklung zu

sehr verlängert. Dabei sind öffentliche Stellen dazu verpflichtet, alle digitalen Angebote barrierefrei zu gestalten. Nutzerinnen und Nutzer, die so eine App am dringendsten benötigen, weil sie eben nicht einfach 110 anrufen können, wurden einfach vergessen. Auch im europäischen Ausland ist die App des BMWi nicht einsetzbar. 200.000 Euro sind sinnlos verbrannt worden. Die Machbarkeit wurde nicht durch das BMWi, sondern durch den *NotrufPlus* in Brandenburg an der Havel nachgewiesen.

Ein Entwickler der App *NotrufPlus* wurde kürzlich mit dem Preis »Ehrenamtler des Monats« ausgezeichnet, weil diese hervorragende Anwendung unter Einbeziehung von Behindertenverbänden ganz ohne große Budgets entwickelt wurde. In der Region wird die App schon im Pilotbetrieb eingesetzt, die Einsatzleitstellen der Stadt Brandenburg machen dabei mit. Natürlich ist *NotrufPlus* barrierefrei, denn das war ein Hauptziel. Die App funktioniert (potenziell) nicht nur in ganz Deutschland,

sondern auch in anderen Ländern der EU und leitet einen Notruf mit den genauen GPS-Koordinaten des Anrufenden, auf Wunsch auch mit persönlichen Daten, wie Vorerkrankungen oder Blutgruppe, an die nächstgelegene Leitstelle weiter. Es können Textnachrichten, Sprachnachrichten, Fotos und Videos übertragen werden. Es macht mich stolz, dass diese nützliche Anwendung aus meinem Wahlkreis kommt und ich hoffe, sie findet bald Verbreitung darüber hinaus. Kommunen und Länder könnten sie sofort nutzen.

Kontakt:

Anke Domscheit-Berg, MdB
Fraktion DIE LINKE.
im Bundestag
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Telefon: 030/227 731 07
Telefax: 030/227 761 07
E-Mail: anke.domscheit-
berg@bundestag.de

VON NORBERT MÜLLER

Hartz IV: Bundesverfassungsgericht entscheidet über Sanktionen



Seit Einführung von Hartz IV stehen neben den viel zu niedrigen Regelsätzen insbesondere die Sanktionen, mit denen Erwerbslose und Aufstocker_innen von Jobcentern diszipliniert werden sollen im Fokus der Kritik. 15 Jahre nach der Einführung wird nun vor dem Bundesverfassungsgericht erstmals verhandelt, ob Sanktionierungen überhaupt rechtmäßig sind.

Das Sozialgericht in Gotha hielt die Sanktionen für verfassungswidrig und lässt sie nun in Karlsruhe überprüfen. In dem vorliegenden Fall musste ein Erwerbsloser mit 234,60 Euro weniger auskommen, weil er ein unangemessenes Joban-

gebot abgelehnt und Probearbeit verweigert hatte. Das Bundesverfassungsgericht muss nun darüber entscheiden, ob die Sanktionen ganz oder teilweise verfassungswidrig sind. Wenn das Gericht der Einschätzung folgt, dass die Sanktionen verfassungswidrig sind, könnte dies eine lange überfällige Erleichterung für viele ALG-II-Empfänger_innen bedeuten.

Denn: jeden Monat werden zehntausende ALG-II-Leistungsberechtigte mit einer Sanktion konfrontiert. Dies bedeutet eine Kürzung ihrer anerkannten Leistungsansprüche. Sanktionen im Bereich der Grundsicherung bedeuten regelmäßig eine Unterschreitung des ohnehin kleingerechneten, gesetzlich festgelegten Existenzminimums. Im schlimmsten Fall können die Jobcenter bei Personen, denen sie Fehlverhalten vorwerfen, das Arbeitslosengeld sogar komplett kürzen – so geschehen bei immerhin 0,2 Prozent der Leistungsberechtigten. Dies widerspricht dem Grundrecht auf ein menschenwürdiges Existenzminimum. Die Sanktionsregeln und die übliche Praxis nehmen mit der Kürzung der ohnehin zu geringen Leistung Verschuldung, massive



BUNDESTAG UND KOMMUNE

Existenznöte, soziale Isolierung, Verschlechterung der Gesundheit und auch Obdachlosigkeit in Kauf. Von Hartz-IV-Sanktionen sind insbesondere Familien mit Kindern betroffen. In etwa jedem dritten Haushalt, in dem die Grundsicherung gekürzt wird, leben ein oder mehrere Kinder. Jede sechste Kürzung trifft alleinerziehende Mütter oder Väter.

Noch stärker trifft es unter 25-Jährige. Ihre Sanktionierung und Disziplinierung wird besonders forciert. Die Folge: Jede_r zwölfte Leistungsberechtigte wird sanktioniert. Dabei geht es keineswegs

um symbolische Sanktionen. So betraf die durchschnittliche Kürzung der unter 25-Jährigen saftige 127,97 Euro (August 2018).

Wir können nur darauf hoffen, dass das Bundesverfassungsgericht dieses Unrecht erkennt und das Sanktionsregime endlich beendet. Die Entscheidung wird in wenigen Monaten erwartet. Als LINKE werden wir unabhängig vom Ausgang weiterhin gegen Sanktionen in den Grundsicherungssystemen kämpfen. Wir wollen die Ursachen der Erwerbslosigkeit angehen, soziale Sicherheit garantieren und Armut beseitigen. Deshalb fordern wir Hartz IV durch eine sanktionsfreie Mindestsicherung zu ersetzen, die wirklich vor Armut schützt.

Kontakt:

Norbert Müller, MdB
Fraktion DIE LINKE.
im Bundestag
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Telefon: 03385/49 45 21
Telefax: 03385/49 45 22
E-Mail: norbert.mueller@
bundestag.de

VON CARSTEN PREUSS**Liebe Leserin, lieber Leser,**

Das letzte Sitzungshalbjahr der Legislaturperiode hat begonnen: Vier Plenarwochen noch bis zur Sommerpause. Nach der Wahl im Herbst tritt dann ein neuer Landtag zusammen. Am 26. und 27. Januar 2019 hat die Vertreter*innenversammlung der LINKEN Brandenburg bereits die quotierte Landesliste für die Landtagswahl am 01. September 2019 gewählt. Bis zur Landtagswahl hat sich der aktuelle Landtag aber noch einiges vorgenommen: In der letzten Plenarsitzung wurde mit den Stimmen von LINKEN, SPD und Bündnis 90/Die Grünen das erste Paritégesetz Deutschlands verabschiedet. Damit hat Brandenburg als erstes Bundesland eine verpflichtende Quotierungsregelung für die Landtagswahlen eingeführt. Vor 100 Jahren, im Frühjahr 1919, wurde die Weimarer Nationalversammlung gewählt - und zum ersten Mal konnten Frauen in Deutschland an einer Wahl teilnehmen. Doch echte Gleichstellung ist auch 100 Jahre später nicht erreicht. Der Anteil weiblicher Abgeordneter

**LANDTAG UND KOMMUNE**

ist in den letzten Jahren sogar wieder gesunken. Nur zehn der 31 Mitglieder der sogenannte Kohlekommission waren Frauen. Diese Kommission stellte Ende Januar ihren Kompromiss für den Ausstieg aus der Braunkohle und den Strukturwandel in den Revieren vor. Der Kompromiss bringt den Einstieg in den Kohleausstieg und damit endlich den Anfang vom Ende der Kohle. Damit kann der Dreiklang aus bezahlbarer Versorgungssicherheit, Strukturwandel und Klimaschutz gelingen. Die Bundesregierung ist jetzt am Zug und muss die Empfehlungen der Kommission konsequent umsetzen. Allerdings sind viele Fragen noch



offen. Nicht geregelt ist beispielsweise der Verzicht auf neue Tagebaue. Das betrifft auch den Tagebau Welzow-Süd II. Damit bleibt die Zukunft der Gemeinde Proschim weiter ungewiss. Ich setze mich dafür ein, dass der Braunkohleplan für den Tagebau Welzow-Süd II, den das Brandenburger Kabinett am 3. Juni 2014 beschlossen hat, zurückgenommen wird.

Ein Thema der letzten Plenarsitzung will ich noch ansprechen. Der Landwirtschaft in Brandenburg drohen bis 2030 mehr als 15.000 Fachkräfte zu fehlen. Das ist das Ergebnis einer Studie, die Arbeits- und Agrarministerium beauftragt haben. Der bisherige

Umfang der Ausbildung reicht nicht aus, um den Bedarf zu decken. In einem von der LINKEN initiierten Antrag der Koalition wird die Landesregierung nun beauftragt, gegenzusteuern. Denn die Attraktivität des Landwirt-Berufes muss gestärkt werden.

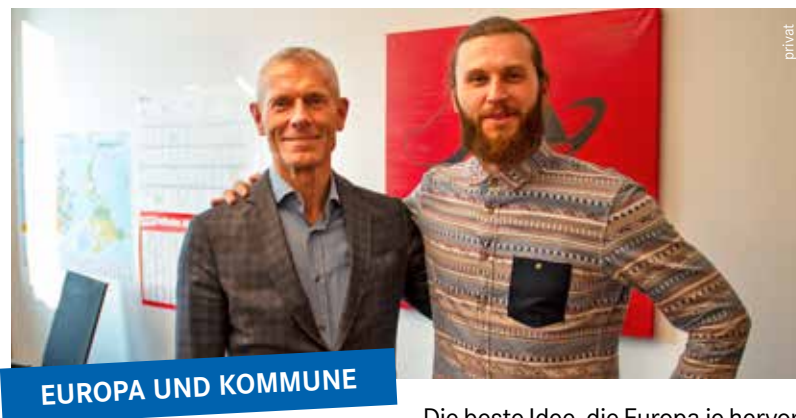
Kontakt:

Carsten Preuß, MdL
Landtag Brandenburg
Alter Markt 1, 14467 Potsdam
Tel: 0331/966 15 26
Fax: 0331/966 15 05
E-Mail: carsten.preuss@linksfraktion-brandenburg.de

VON MARTIN ZELLER**ALS LINKER IN BRÜSSEL:
RESÜMEE EINER
GANZ BESONDEREN
ERFAHRUNG**

Ich glaube, jede_r kennt das Gefühl, wenn man das, was man für gewöhnlich nur aus Fernsehen, Rundfunk und/oder alternativen Medien kennt, nun live erlebt; dieser gewisse Nervenkitzel. Mit Sicherheit würde dieses Gefühl mit der Zeit nachlassen, mich hat es aber die kompletten drei Monate begleitet. Die Institutionen und Prozesse der EU, die man sonst nur aus der Theorie kennt, nun in der Praxis zu erleben, war schon sehr aufregend.

Wie in den zwei vorangegangenen Artikeln bereits durchgedrungen ist, war es für mich eine ganz besonders lehrreiche Erfahrung für drei Monate Teil des Europäischen Parlamentes zu sein und Europapolitik hautnah zu erleben. An dieser Stelle gilt vor allem Helmut Scholz mein

**EUROPA UND KOMMUNE**

Dank, der mir dies ermöglichte. Ich möchte die dreiteilige Serie meines Erfahrungsberichtes allerdings nicht mit der weiteren Beschreibung von Tätigkeiten und Erlebnissen, die ich gemacht habe, füllen (diese würden ohnehin den Rahmen dieses Artikels sprengen), sondern mit dem, was ich aus dem Praktikum mitnehme und das, so meine ich, mich nachhaltig prägen wird. Denn meine Einstellung zu Europa, dem Europäischen Friedensprojekt, hat sich dadurch weiter intensiviert.

Die beste Idee, die Europa je hervorgebracht hat, ist die Europäische Union. Die Vereinigung der Länder, welche sich in zwei menschenverachtenden Weltkriegen bekämpft haben.

Ganz klar, die EU ist mit Sicherheit nicht perfekt. Sie leidet unter strukturellen und demokratietheoretischen Defiziten. Jedwede Kritik von Seiten der Linken ist gerechtfertigt. Doch welche Konsequenzen ziehen wir daraus? Meiner Meinung nach kann eine Kritik an der EU nicht darin münden, diese zurückzubauen (Abschaffung des EU-Parla-

ments, so wie es die AfD in ihrem aktuellen Europaprogramm fordert) oder gar komplett abzulehnen. Die Vorstellungen einer EU-Politik von links muss progressiv, nach vorne gerichtet sein - eine Renationalisierung darf es nicht geben. Oder um es mit dem Motto der GUE/NGL zu sagen: »Another Europe is possible«.

Dementsprechend sollten wir mit Blick auf den bevorstehenden Kommunal- und Europawahlkampf also auf der einen Seite betonen, für welche Politik wir in Europa stehen, unseren Reformkurs (Gesetzesinitiativrecht des EP z. B.), aber auch die Reziprozität von Europa und Kommune, speziell in Teltow-Fläming, herausstellen. So wurden nämlich seit 2000 in Teltow-Fläming über 200 Projekte mit rund 60 Millionen Euro gefördert. Wir können also nicht behaupten, dass wir in der Vergangenheit nicht von der EU-Förderung profitiert haben.

**Mit solidarischen Grüßen,
Martin Zeiler**

VORGESTELLT:



Einer von uns **Rüdiger Schütte**

geboren am 14. April 1952 in Berlin, von 1996 bis 2017 Mitarbeiter des Innenministeriums des Landes Brandenburg, seit 2018 Rentner, seit 1.11.2018 Mitglied der LINKEN, wohnt in Trebbin

Was ist für dich links?

Fortschrittliche Politik zugunsten der sozial Benachteiligten

Was regt dich auf?

Ungerechtigkeit

Was hat dich in letzter Zeit am meisten überrascht?

Die offene Atmosphäre innerhalb der Partei DIE LINKE

Vaterland, Mutterland, Deutschland – wie gern lebst du hier?

Ich habe mich bewusst für ein Leben in Brandenburg entschieden, weil mir der Menschenschlag gefällt und ich hier Freunde gefunden habe.

Welche Eigenschaften schätzt du an Menschen besonders?

Ehrlichkeit, Zuverlässigkeit, Humor.

Wie sollte Trebbin in zehn Jahren aussehen? Wovon träumst du?

Verbesserung des ÖPNV sowie verstärkte Kulturangebote und Unterstützung der Aktivitäten des »Kleinen Gaspalastes« seitens der Stadt Trebbin.

Was bedeuten für dich Kunst und Kultur?

Wichtige Bestandteile im Leben, unverzichtbar, möglichst allen Bevölkerungsschichten zugänglich machen.

Nachgefragt hat **Maritta Böttcher**, Redakteurin

Come Together Party

Wir alle hatten Spaß wie lange nicht. Bereits im Spätsommer hatte der Träger der Gemeinschaftsunterkunft in Jüterbog, Waldauer Weg zu einer »Komm-zusammen-Party« (übersetzt) eingeladen. Im Sommer waren wir Einheimischen noch in der Unterzahl, aber getanzt wurde schon damals stundenlang und ausgelassen auf dem Hof. Wir hatten Spaß ohne Ende und die Geflüchteten lachten und brachten uns zum Lachen. Und sie hatten gekocht:

afghanisch, serbisch, deutsch. Die Lebkuchen und der Stollen waren etwas Neues für die meisten, aber so lecker, dass es schnell alle war. Dieses wunderschöne Erlebnis bleibt im Gedächtnis. Und die das erste Mal mit waren freuen sich darüber, dass sie sich gegenseitig in der Stadt wiedererkennen. So wird Integration befördert, ohne Stress und Hemmungen auf beiden Seiten.

Maritta Böttcher, Jüterbog



Die Helden des Sommers

Am 18./19.12.2018 luden wir zu einem Besuch bei MdB Anke Domscheit-Berg (DIE LINKE) im Deutschen Bundestag, die Helden des Sommers, die Kameradinnen und Kameraden der Jüterboger Feuerwehr mit ihren Partner*innen als Anerkennung für ihren unermüdlichen Einsatz ein. Es war sehr schön, interessant und ein unvergessliches Erlebnis.



Himmlisch

Der Regionalverband TGL und seine Sympathisant*innen haben auch in diesem Jahr die Ludwigsfelder Weihnachtsengel mit einer Spende unterstützt. Der Vorsitzende, Silvio Pape, übergab am 11. Dezember 2018 310 Euro an Cora Ruden. Dieser Verein macht seit Jahren eine Weihnachtsfeier für Kinder von Bedürftigen.



Ehrung von Karl und Rosa



1919 wurden die beiden Revolutionäre heimtückisch von Freikorpsoldaten ermordet. 100 Jahre danach hatten sich am 13. Januar 2019 in Berlin wieder Tausende am traditionellen Gedenkmarsch zum Zentralfriedhof Friedrichsfelde beteiligt, wo die beiden begraben sind.

Wie in jedem Jahr gedachten auch Mitglieder der Partei DIE LINKE und Spitzenpolitiker unserer Partei, wie die Bundesvorsitzenden und die Bundestagsfraktions-Chefs der ermordeten Arbeiterführer.

Der Kreisverband und die Kreistagsfraktion DIE LINKE. Teltow-Fläming mit ihren Vorsitzenden Felix Thier und Hans-Jürgen Akuloff waren natürlich auch vertreten.

In stillem Gedenken ehrten wir an der Grabstätte die Opfer mit roten Nelken. Für uns ist dieser Ort nicht nur eine Stätte des Gedenkens, sondern auch ein Ort der Mahnung, sich unermüdlich für ein friedliches, gerechtes und soziales Deutschland einzusetzen!

Manfred Thier, Luckenwalde

Holocaust-Gedenken am 27. Januar 2019

Die Bürgerinitiative »Zossen zeigt Gesicht« hatte zu einer Gedenkveranstaltung zum Gedenken an die Opfer des Holocaust aufgerufen. An den Stolpersteinen auf dem Zossener Marktplatz für die Familie Falk sprach Jörg Wanke, Sprecher der BI Zossen zeigt Gesicht, Worte des Gedenkens und mahnte vor dem Antisemitismus, der auch in Deutschland immer noch präsent sei. Angesichts der Baumaßnahmen im Stadtpark sei dort der Gedenkstein an die Opfer des Faschismus mit dem schwarzen Dreieck entfernt worden. Er forderte auf, ein wachsames Auge zu haben, damit der Gedenkstein dort auch wieder aufgestellt wird.

Bei den Stolpersteinen in der Berliner Straße für Lesser und Martha Weinberg erinnerte



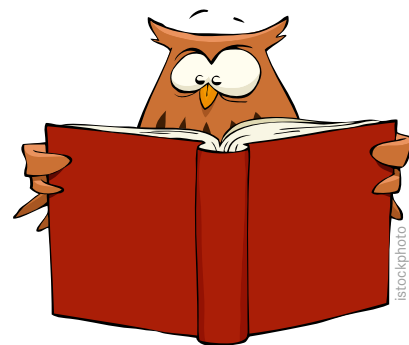
Jörg Wanke daran, dass diese genau vor einem Haus verlegt wurden, dessen Eigentümer ein bekannter Holocaustleugner war und dieser und seine Anhänger immer wieder versuchten mit Bierkästen, einem Tannenbaum diese Stolpersteine zu verdecken, sich aber immer wieder Mitbürger fanden, die diese wieder beiseiteschoben.



Gedenken vom Stadtverband Luckenwalde am Ehrenhain und an der Gedenkstätte auf dem Stalag-Friedhof

Gedenken in Ludwigsfelde

L E S E E U L E



Vergangenheit? – Gegenwart? Oder die Suche nach historischer Wahrheit?

Wie oft erleben wir, dass längst Vergangenes plötzlich in der Gegenwart wieder zum Vorschein kommt, ohne dass wir etwas dazu getan haben?! Aber manchmal kann so ein Erlebnis auch die Vergangenheit klarer beleuchten, sie aus dem Ungewissen, Verdunkelten holen. Der französische Autor Olivier Rolin, Jahrgang 1947, der sich schon jahrelang für die Entwicklung in Russland interessiert hatte, besuchte 2010 Archangelsk, um an der dortigen Universität einen Vortrag zu halten. Er wird auf die Solowezki-Inseln im Weißen Meer aufmerksam, fliegt dorthin und entdeckt in einem 500 Jahre alten Kloster, das ab 1923 als Gulag fungierte, in dem vor allem der Sowjetmacht missliebige Adlige und Intellektuelle inhaftiert waren, den Stoff für einen Film.

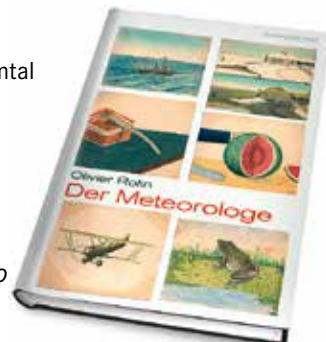
Zwei Jahre später ist er wieder vor Ort, nicht ahnend, dass dieser Aufenthalt der Anlass sein wird, ein neues Buch zu schreiben. Er wird auf ein kleines Album der Tochter eines Deportierten hingewiesen, das ihn nicht wieder loslässt. So entdeckt Rolin einen Teil des Lebens eines der größten Meteorologen der Sowjetunion in den 20er und Anfang der 30er Jahre – Alexej F. Wangenheim. »Nachdem man ihn 1929 zum ersten Direktor des Vereinigten Hydro-Meteorologischen Dienstes der Sowjetunion gemacht hatte, arbeitete er an der Erstellung eines Gewässerkatasters, eines Windkatasters und eines Katasters der Sonnenzeiten.« Diese wollte er u. a. für die Landwirtschaft nutzen. Aber am 8. März 1934 wird er verhaftet, auf die Solowezki-Inseln deportiert und Ende 1937 von dort in den Karelischen Wald verschleppt, wo er mit weiteren fast 1.200 Gefangenen erschossen wird.

Als Leserin des Buches von Rolin »Der Meteorologe« erfahre ich sowohl Wangenheims Lebensgeschichte als auch Rolins Nachforschungen über dieses Leben. Dabei helfen sowohl ehemalige Mithäftlinge als auch die akribisch suchenden Mitarbeiter von »Memorial« in Petersburg.

Die Doppelhandlung und die Kopien seiner Zeichnungen, die er seiner Tochter geschickt hat, haben mich besonders tief beeindruckt. Der Erschießungsort wurde erst über 70 Jahre nach seinem Tod gefunden, dank der Suche nach der historischen Wahrheit.

Ingrid Köbke, Nuthe-Urstromtal

Olivier Rolin
Der Meteorologe
 224 Seiten, gebunden,
 98 farbige Abb., 19,90 Euro
 ISBN: 978-3-95438-049-7



Kinder, wie die Zeit vergeht ...

Die Vorbereitung und der Abschluss der Wahl einer neuen Bürgermeisterin in der Gemeinde Niedergörsdorf hat viel Zeit und Kraft gekostet. Nun hieß es für uns: Konzentration auf die Vorbereitung der Kommunalwahl im Mai 2019.

Engagiert und kompetent hat unsere fünfköpfige Fraktion in den Ausschüssen gearbeitet und dazu beigetragen, dass sich in allen 22 Ortsteilen das gesellschaftliche Leben weiter gut entwickelt und die Infrastruktur verbessert hat. Besonders in den OT Altes Lager und

Malterhausen, wo unser Genosse Klaus Pollmann und die Genossin Rosemarie Scholz das Zepter in der Hand haben. Auch in der Kinderbetreuung und im Schulbereich wurde viel erreicht. So wurden vier von den fünf Kindereinrichtungen und die Grundschule Blönsdorf saniert und dadurch auch die inhaltliche Arbeit verbessert. Alle Kinder in der Gemeinde können einen KITA-Platz erhalten.

Alle Genossinnen und Genossen und unsere parteilosen Abgeordneten sowie zwei weitere bewährte Ge-

nossinnen haben sich bereit erklärt, wieder für die Gemeindevertretung zu kandidieren.

Bisher ist es uns aber noch nicht gelungen, jüngere Menschen zur Kandidatur zu bewegen.

Wir haben viele Jugendliche, die in den Orten aktiv sind, wie in Jugendfeuerwehren, Kulturgruppen und Vereinen und linkes Gedankengut haben, aber für eine Kandidatur konnten wir bis jetzt noch keinen gewinnen.

Zurzeit sind wir dabei, unser Wahlprogramm zu konkretisieren und

Schwerpunkte zu setzen.

Am 16.2.2019 wird in der Gemeinde im »HAUS« ein politischer Frühstopp als Wahlkaffee stattfinden, zu der alle Bürger und insbesondere Jugendliche eingeladen werden. Unsere Fraktion wird sich gerne beteiligen, um den Besuchern auf ihre Fragen zur Kommunalpolitik zu beantworten. Ja und vielleicht findet sich da ja auch noch der eine oder andere jüngere Kandidat.

Edeltraut Liese, Fraktionsvorsitzende, Niedergörsdorf

Auf zum Endspurt

Als zweitstärkste Partei und somit auch zweitstärkste Fraktion in der Stadtverordnetenversammlung haben wir natürlich den Ehrgeiz diese Position zu halten oder gegebenenfalls sogar zu verbessern.

Da wir das nur mit einem guten Angebot an unsere Wähler*innen, einer umfangreichen Liste kompetenter Kandidat*innen schaffen können, waren wir bereits im Laufe der gesamten Legislaturperiode ständig auf der Suche nach in der Stadt aktiven und links denkenden Mitstreiter*in-

nen. Besonders Peter Dunkel, unser Fraktionsvorsitzender, hatte stets »seine Liste am Mann« auf der er diejenigen vermerkte, die perspektivisch für unsere Liste in Frage kommen könnten. So trafen wir uns im Frühjahr letzten Jahres erstmalig mit über 30 Interessenten unserer Politik in der Stadt, die wir über uns, die Arbeit in der Fraktion und der Arbeit als Stadtverordnete informierten.

Nach einem weiteren Treffen kristallisierte sich eine vielschichtige, schlagkräftige Truppe aus gestan-

denen Stadtverordneten und neuen Interessenten, Genoss*innen und Parteilosen zwischen 18 und 70 Plus heraus. Wir unterbreiten den Wähler*innen ein Angebot von Kandidat*innen mit unterschiedlichen Fähigkeiten und Erfahrungen, vom Bauunternehmer, Arbeitsvermittler, Schüler und Diplom-Ingenieur bei Rolls Royce, Menschen mit und ohne Migrationshintergrund. Nun werden wir uns mit unseren Kandidat*innen zusammensetzen, um gemeinsam

ein überzeugendes Programm für die Kommunalwahl zu erarbeiten, welches dann am 28. Februar zusammen mit der Kandidatenliste durch die Gesamtmitgliederversammlung des Stadtverbandes bestätigt werden soll.

Nach aktuellem Stand werden wir uns mit einer Liste von 15 Kandidat*innen zur Kreistagswahl und mit 25 Kandidat*innen zur Wahl der Stadtverordnetenversammlung stellen.

Silvio Pape, Ludwigsfelde

Politische Bildung – das Verstehen des »Was ist weshalb wie«

Die Antworten auf die drängenden und aktuellen Fragen der Gesellschaft hängen immer auch vom grundsätzlichen Verständnis der Prozesse und Zusammenhänge ab. Für die alltägliche Auseinandersetzung mit den postfaktischen und populistischen Argumenten einiger unserer Mitmenschen ist solides Wissen unabdingbar, um nicht selbst vollständig im Strudel der »gefühlten oder eingeredeteten« Ungerechtigkeit zu versinken und sich und anderen die richtigen Fragen stellen und/oder beantworten zu können.

Um einen unterstützenden Beitrag bei der politischen Bildung unserer Mitglieder und aller Sympathisierenden zu leisten, hat der Kreisvorstand in seiner Sitzung am 8. Dezember 2018 ein Bildungskonzept verabschiedet. Ziel ist es, die Bildungsarbeit der gesamten Kreisorganisation transparenter zu gestalten, besser auf die Bedürfnisse der einzelnen Regionen eingehen zu können und dafür zu werben, durch den Besuch von Veranstaltungen in z. B. einer anderen Basisorganisation mehr Präsenz zu zeigen.

Besonders erfreuen die ersten Reaktionen. Zwischenzeitlich wurden Veranstaltungsideen und vor allem auch Angebote von Dozierenden an den Kreisvorstand herangetragen.

Das Bildungskonzept ist zunächst der Rahmen und ich freue mich darauf, es gemeinsam mit Euch für uns mit Leben zu füllen.

Judith Kruppa, Mellensee



Straßenausbaubeiträge

Am 12. Januar 2019 fand in Potsdam eine Podiumsdiskussion zum Thema Straßenausbaubeiträge statt, zu der das »kommunalpolitische forum« eingeladen hatte.

Es bestand ein sehr großes Interesse zum Informations- und Meinungsaustausch, denn das Thema, befeuert durch Pressemeldungen und das Baugeschehen steht im Blickpunkt der Allgemeinheit.

Der Vorsitzende des »kf« Holger Kippenhahn begrüßte dazu als Gast Herrn Frank Kuschen, MdL Thüringen. Dieser berichtete über den Weg des Freistaates Thüringen zur Abschaffung der Beiträge.

Dieses Bundesland wird diese als erstes in Deutschland abschaffen. Das war ein schwieriger und durch rechtliche Hürden gepflasterter 15-jähriger Weg. Das wurde uns aus seinen Ausführungen klar, denn die Städte und Gemeinden finanzieren

seit 1896, beginnend in Preußen, ihren Straßenbau über die Gebührenumlage. Das sieht bisher auch das Kommunalabgabengesetz weiterhin so vor.

Deshalb ist es wichtig, dass die Abgeordneten in enger Abstimmung mit dem Städte- und Gemeindebund, hier vertreten durch Herrn Jens Graf, die rechtlichen Voraussetzungen für die mögliche Abschaffung dieser Gebühr im Land Brandenburg schaffen. Die Fraktion der Partei DIE LINKE hat diesen Prozess bereits im April 2018 angeschoben, berichtete Genosse Dr. Scharfenberg, denn Brandenburg hat bisher ein Pflichtmodell zur Erhebung dieser Beitragsart.

Es müssen also Grundlagen für die Weiterentwicklung der Straßenausbaubeiträge mit dem Ziel geschaffen werden, diese letztlich abzuschaffen. Das bringt viele Probleme mit sich, da die Gemeinden bisher damit Stra-

ßenbauinvestitionen finanzieren. Einfach gesagt: Der Springpunkt ist das Geld und seine Bereitstellung im Haushalt vom Land und Kommunen.

Die weiteren Schritte sind im März Fachanhörungen im Landtag und für April nach einer Folgenabschätzung und Prüfung der rechtlichen Voraussetzungen die Beschlussfassung im Landtag. In der sehr lebhaften Diskussion wurden viele Seiten dieses Weges beleuchtet. Es zeigte sich, dass sich die meisten dafür aussprachen, die privaten Haushalte zu entlasten.

Deutlich wurde aber auch, dass sich dieses Thema nicht für den Landtagswahlkampf eignet. Unterschriftensammlungen sind die eine Seite. Um dieses sensible Thema richtig einzuordnen bedarf es gesetzlicher Grundlagen die nicht in wenigen Wochen oder Monaten erreicht werden können. In Thüringen haben seit 2014 das Land, die Kommunen und der Städte- und Gemeindebund gemeinsam an diesem Problem gearbeitet und dadurch die Straßenausbaubeiträge erfolgreich abgeschafft.

Edeltraut Liese, Niedergörsdorf
Peter Hacke, Jüterbog



Das war ein Paukenschlag

»Bürger sollen 31 Millionen Euro zahlen«, so titelte die MAZ am 17.7.2018 in der Luckenwalder Ausgabe. Der Schreck saß tief bei den Menschen. Er relativierte sich, weil es um Straßenausbaubeiträge der Bürgerinnen und Bürger ging, die in den nächsten 30 Jahren aufzubringen wären, wenn alle Straßen in der Stadt Luckenwalde saniert werden würden. Die Eigentümer von Grund und Boden in den Straßenzügen müssen nach dem jetzt noch gültigen Kommunalabgabengesetz (KAG) des Landes Brandenburg zur Kostenbeteiligung per Beitragsbescheide herangezogen werden.

Nicht zuletzt dieser Artikel, aber auch der Umgang der Stadtverwaltung mit den Anliegern in der Mehlsdorfer und der Dahmer Str. in Luckenwalde bewegte unsere Fraktion in der Stadtverordnetenversammlung zu

zwei Beschlussanträgen. Zum einen wollen wir eine höhere Transparenz des Handelns der Verwaltung gegenüber den Anliegern und Bewohnern von Straßen, die saniert werden sollen, erreichen. Zum anderen soll die Stadtverwaltung mit sofortiger Wirkung (ab 22.1. bis zum 1.9.2019) auf den Erlass von Beitragsbescheiden verzichten und die Umsetzung von geplanten Ausbau- und Sanierungsarbeiten bis dahin stoppen.

Die Diskussion hierzu war partei- und fraktionsübergreifend im Sinne unserer Bürgerinnen und Bürger geführt und diese sind öffentlich mit großer Mehrheit von den Abgeordneten am 4.12.2018 und am 22.1.2019 bestätigt worden. Der Verwaltung ist damit die Möglichkeit eröffnet, auf die zu erwartende Novellierung des KAG durch den Landtag, mit entsprechender veränderter Ver-

fahrensweise der Regelungen in der Stadt, zu reagieren.

Die im Mai neu zu wählenden Abgeordneten in der Stadtverordnetenversammlung müssen auf eine strikte Umsetzung der diesbezüglich geltenden Beschlüsse der SVV drängen und eventuell eine Fristverlängerung der Beschlusslage vom Januar 2019 beschließen, bis der Landtag sich zu den Straßenausbaubeiträgen nach KAG neu positioniert hat.

Unser Ziel ist und bleibt der Verzicht auf die Kostenbeteiligung durch die Anlieger und der Kostenausgleich über die Kommunalfinanzierung durch die Landesebene.

Erik Scheidler, Fraktionsvorsitzender DIE LINKE/BV SVV Luckenwalde

DABEI SEIN:

TERMINE UND AKTIONEN

Beratung Regionalverband TGL

21.2.2019, 18 Uhr
Bürgerbüro Ludwigsfelde

Mitgliederversammlung Stadtverband Ludwigsfelde

(Aufstellung Kandidatenliste für Wahl zur Stadtverordnetenversammlung)
28.2.2019, 18 Uhr
Bürgerbüro Ludwigsfelde

Mitgliederversammlung Basisorganisation Trebbin

(Aufstellung Kandidatenliste für Wahl zur Stadtverordnetenversammlung)
28.2.2019, 19 Uhr
Nöhrungswinkel 42, Trebbin

Mitgliederversammlung Regionalverband TF-Süd

(Aufstellung der Kandidatenliste für die Wahl in Jüterbog, Dahme/Mark, Niedergörsdorf und Niederen Fläming)
2.3.2019, 10 Uhr, Kulturquartier Jüterbog

DIE LINKE in Europa

Gast: Helmut Scholz (MdEP)
2.3.2019, 9.30 Uhr, Kulturhaus Ludwigsfelde

Sitzung Regionalvorstand TF Süd

7.3.2019, 19 Uhr, Bürgerbüro Jüterbog

Frauentagsfeiern:

SV Luckenwalde und Nuthe-Urstromtal
7.3. 2019, 15 Uhr, WÜST, Luckenwalde

Regionalverband TGL

8.3. 2019, 15 Uhr
Bürgerbüro Ludwigsfelde

Regionalverband TF Süd

8.3.2019, 15 Uhr, Bürgerbüro Jüterbog

Redaktion Linksblick

13.3.2019, 17.30 Uhr
Kreisgeschäftsstelle Luckenwalde

Sitzung Kreisvorstand

13.3.2019, 19 Uhr
Kreisgeschäftsstelle Luckenwalde

Roter Bericht aus Berlin

mit **Norbert Müller, MdB**
15.3.2019, 17 Uhr
Bürgerbüro Ludwigsfelde

Beratung der Vorsitzenden

Altkreis Zossen und Trebbin
25.3.2019, 18 Uhr
Bürgerbüro Ludwigsfelde

Kandidatenschulung Wahlkampf

und die neuen Medien
28.3.2019, 18 Uhr, Bürgerbüro Ludwigsfelde

Linkstreff Wahlvorbereitung

4.4.2019, 18 Uhr, Bürgerbüro Ludwigsfelde

FrühLINKS-Empfang und Neumitgliedertreff

5.4.2019, 17 Uhr, Kulturscheune in Thyrow

Redaktionssitzung (optional)

10.4.2019, 17.30 Uhr
Kreisgeschäftsstelle Luckenwalde

Beratung Kreisvorstand

10.4.2019, 19 Uhr
Kreisgeschäftsstelle Luckenwalde

Roter Treff

Gast: Anita Tack
12.4.2019, 17 Uhr, Jüterbog, Kulturquartier

DIE LINKE. Teltow-Fläming **VOR ORT UND IM NETZ:**

Geschäftsstellen und Bürgerbüros

14943 Luckenwalde
Zinnaer Straße 36
Telefon: 03371 632267
Telefax: 03371 636936
E-Mail: info@dielinke-
teltow-flaeming.de
dielinke-luckenwalde.de

14913 Jüterbog
Große Straße 62
Telefon: 03372 432691
Telefax: 03372 443033
E-Mail: tf.sued@dielinke-
teltow-flaeming.de
dielinke-tf-sued.de

14974 Ludwigsfelde
Albert-Tanneur-Straße 17
Telefon: 03378 510653
Telefax: 03378 510654
E-Mail: ludwigsfelde@dielinke-
teltow-flaeming.de
dielinke-ludwigsfelde.de

[facebook.com/dielinke.tf](https://www.facebook.com/dielinke.tf)

Auch interessant:

[dielinke-rangsdorf.de](https://www.dielinke-rangsdorf.de)

[dielinke-zossen.de](https://www.dielinke-zossen.de)

[dielinke-blankenfelde-mahlow.de](https://www.dielinke-blankenfelde-mahlow.de)

Spendenkonto

Mittelbrandenburgische
Sparkasse Potsdam(MBS)
IBAN:
DE80 16050000 3633027415

**Leserbriefe
und Zuschriften sind
ausdrücklich
erwünscht.**

Nächste Ausgabe:

29. April 2019

Redaktionsschluss:

20. April 2019

Impressum

Herausgeber: DIE LINKE.
Kreisverband Teltow-Fläming

V.i.S.d.P.: Felix Thier
vorsitz@dielinke-teltow-flaeming.de

Redaktion: Maritta Böttcher
redaktion@dielinke-teltow-flaeming.de

Redaktionsschluss: 5. Februar 2019

Layout und Druck: MediaService GmbH
Druck und Kommunikation

Gedruckt auf Circleoffset Premium White,
100% Recycling

Auflage: 2.000, Februar 2019

Veröffentlichte Beiträge müssen
nicht in jedem Fall mit der Meinung
des Herausgebers übereinstimmen.

Nachgefragt: Tom Siedenber

Tom Siedenber ist seit drei Jahren im Regionalverband DIE LINKE. Teltow-Fläming Süd aktiv.



Tom, vor kurzem wurdest du in den Jugendbeirat Jüterbog gewählt. Was waren deine Beweggründe für deine Kandidatur?

Als ich von der Vorsitzenden des Jugendbeirats, Celine Fischer, gefragt wurde, ob ich mich im Jugendbeirat engagieren möchte, habe ich keine Sekunde gezögert, da mir die Belange junger Menschen in unserer Region sehr wichtig sind. Wir haben das Problem, dass es den Nachwuchs oft in die großen Städte zieht. Das ist sehr schade. Ich kann das nachvollziehen, da ich selbst in Berlin arbeite. Ich möchte Jüterbog attraktiver für junge Menschen gestalten. Wir brauchen mehr Freizeitmöglichkeiten und eine Politik, die junge Menschen nicht diskriminiert, wie es zum Beispiel der Bürgermeister mit dem Kräutergarten macht.

Du kandidierst nun auch für den Kreistag. Welche politischen Ziele wirst du verfolgen?

Ich bin ein klarer Befürworter, dass der öffentliche Personennahverkehr zu einer kommunalen Pflichtaufgabe wird. Dies ist essentiell, da Personen die direkt aus der Umgebung kommen, die Probleme am ehesten kennen und wahrnehmen. Politische Forderungen könnten dadurch leichter umgesetzt werden. Schülerbeförderung sollte kostenlos sein, denn es gilt ja auch Schulpflicht. Auch Senior*innen sollte eine kostenfreie Beförderung mit öffentlichen Verkehrsmitteln zustehen. Oft haben sie nicht mehr die Möglichkeit mit dem Auto zu fahren und auf diesem Wege sollten auch Anreize geschaffen werden. Ein weiterer wichtiger Punkt ist für mich die Integration Geflüchteter. Es muss ein Weg gefunden werden, wie sich die einheimischen und die Neubürger dieses Landes annähern. Dies kann nur erfolgen, wenn das Ehrenamt gestärkt wird. Es sollten mehr Aktionen stattfinden, in denen sowohl Einheimische, als auch Neubürger zusammenkommen und auf diesem Wege auch ins Gespräch kommen können. Dies ist ein wichtiger Schritt, um Rassismus und Vorurteilen entgegenzuwirken.

Das passt ja sehr gut. Du bist ja auch selbst in der Jüterboger Flüchtlingshilfe aktiv. Welche Probleme siehst du bei der Integration von Geflüchteten?

Ein Punkt ist, dass Geflüchtete von vielen Menschen nicht akzeptiert werden. Sie werden pauschal von Rechten als Kriminelle abgestempelt und als Asyltouristen bezeichnet. Das finde ich respekt- und verantwortungslos. Niemand setzt freiwillig sein Leben aufs Spiel. Außerdem läuft die schulische Bildung Geflüchteter in unserer Region nicht gerade reibungslos. In den meisten Fällen ist es für Asylbewerber notwendig Sprachkenntnisse auf dem Niveau B1 zu besitzen, um einer Arbeit nachgehen zu dürfen. In den Schulen läuft es allerdings ziemlich chaotisch ab. Die Schüler*innen bekommen teilweise nur die Bücher für das A2 Niveau und haben deshalb große Schwierigkeiten, die B1 Prüfungen zu bestehen. Es mangelt oft auch an Motivation der Dozenten. Diese lassen die Schüler von Anfang an wissen, dass die Durchfallrate sehr hoch ist. Das demotiviert sie von Anfang an. Dagegen will ich etwas tun!

Nachgefragt hat: **Maritta Böttcher**

Teltow-Fläming mit LINKS gestalten!



29. Familienfest

14 bis 18 Uhr, Boulevard Luckenwalde

14 Uhr Eröffnung durch Felix Thier, Mitglied des Kreistages Teltow-Fläming und Vorsitzender des Kreisverbandes DIE LINKE. Teltow-Fläming

Zwischen 14 und 18 Uhr bei beliebter Live-Musik mit der Gruppe »Phönix«, Showgruppen und weiteren Überraschungen für Auge und Ohr sowie

- der beliebten Tombola
- Kaffee und Kuchen
- Antiquariat: Bücher, Schallplatten, CD's
- Abgeordnetenzentrum mit Vertretern aus Bundes-, Landes- und Kommunalpolitik
- Minibücher
- Quiz mit Sachpreisen
- Info-Stände von Vereinen, Verbänden und Gewerkschaften

■ Für unsere kleinen Gäste:

OTTevent mit Hüpfburgen und Bastelständen

- Für das leibliche Wohl ist gesorgt.

Geldspenden können auf unser Konto überwiesen werden.
Sachspenden für die Tombola sind auch noch möglich.

DIE LINKE.

Kreisverband Teltow-Fläming